

**Information über die Sitzung des Gemeinderats  
am 01. September 2009  
(Punkt 1 gemeinsam mit dem Bauausschuss)**

**Errichtung einer Ganztagschule in der Grundschule "Im Mandelgraben"**

Die Landesregierung Rheinland-Pfalz hat seit dem Schuljahr 2002/2003 die Ganztagschule flächendeckend an mehr als 450 Schulen im Lande eingeführt.

Die Gemeinde Mutterstadt ist seit dieser Zeit grundsätzlich an einer Einführung dieser Schulart auch in Mutterstadt interessiert, zumal sie durchaus einen Standortvorteil bedeuten kann. Nach einem ersten vergeblichen Versuch sieht nunmehr die Verwaltung in enger Zusammenarbeit mit der neuen Schulleitung der Grundschule „Im Mandelgraben“ eine sehr gute Chance, eine Ganztagschule zu errichten.

Mit den Schulleitungen der beiden Grundschulen wurden seit Sommer 2008 intensive Gespräche geführt, wobei beide Schulleiter grundsätzliches Interesse bekundet haben. Der bauliche Zustand bzw. das Umfeld der Pestalozzischule zeigten aber deutlich, dass eigentlich nur im Bereich der Grundschule „Im Mandelgraben“ mit seinen Erweiterungsmöglichkeiten die Errichtung einer Ganztagschule zu verwirklichen ist, was von der Schulleiterin der Pestalozzischule mit Bedauern anerkannt wurde. Hinzu kommt, dass aufgrund des Rechtsanspruches für Zweijährige ab Sommer 2010 und des Rechtsanspruches für unter Zweijährige ab Sommer 2013 die Gemeinde ihr gemeindliches Haus des Kindes „Im Mandelgraben“ um zwei weitere Gruppen erweitern muss. Dazu ist bereits am 05.05.2009 ein entsprechender Grundsatzbeschluss im Gemeinderat gefasst worden. Darüber hinaus wurde die Verwaltung in gleicher Ratssitzung beauftragt, den Grundsatzbeschluss zur Errichtung einer Ganztagschule bei der Grundschule „Im Mandelgraben“ herbeizuführen.

Der vorhandene bauliche Bestand von Grundschule und Kindertagesstätte bietet sich an, beide Projekte in einer gemeinsamen Baumaßnahme zu verwirklichen. Die soziale Infrastruktur der Gemeinde Mutterstadt wird durch eine derartige Maßnahme eine deutliche Aufwertung erfahren. Aufgrund des Auftrages des Gemeinderates vom 04.09.2007 hat die Gemeindeverwaltung im Mai/Juni diesen Jahres eine erneute Elternbefragung durchgeführt. Diese aktuelle Befragung ergab ein geringfügig stärkeres Elterninteresse an der Einführung einer Ganztagschule im Bereich der Grundschule „Im Mandelgraben“. Die Mindestanzahl von Teilnehmern (36) wurde in beiden Schulen erreicht. Die Schulleitung der Grundschule „Im Mandelgraben“ ist bereit und gewillt, ihre Schule in eine Ganztagschule umzugestalten. Schulelternbeirat, Schulausschuss und Gesamtkonferenz der Grundschule „Im Mandelgraben“ haben ihre Zustimmung bereits erteilt. Um in das Ausbauprogramm des Landes für die Ganztagschulen (in Angebotsform) aufgenommen zu werden, muss ein entsprechender Antrag bis spätestens 02.11.2009 gestellt sein, der unter anderem auch die Voten der kommunalen Gremien zu enthalten hat.

Die Verwirklichung eines gemeinsamen und sich anbietenden Bauprojektes wird natürlich die Gemeindefinanzen erheblich belasten, wurden doch für die Baumaßnahmen Schule rund 1,25 Millionen Euro und die Kindertagesstätte rund 750.000 Euro als grobe Schätzung von der gemeindlichen Bauverwaltung genannt. Zuschüsse gibt es vom Land und vom Kreis.

**Aussprache:**

Wenn die Planungsaufträge im Januar 2010 vergeben werden, könnten die Bauarbeiten für die Erweiterung in den Sommerferien 2010 beginnen. Eine Improvisation des Ganztagschulbetriebs wird sich zunächst jedoch nicht vermeiden lassen.

Für die Ganztagskinder werden die Schulbezirke aufgehoben, d.h. Kinder aus dem gesamten Gemeindegebiet können die Ganztagschule der Mandelgraben-Schule besuchen. Für die Halbtagskinder bleiben die Schulbezirke bestehen. Sie besuchen weiterhin je nach Wohnung die Pestalozzi- oder die Mandelgraben-Schule. Die Ganztagschule wird in „Angebotsform“ eingerichtet, d.h. die Ganztagschule ist nicht automatisch für jedes Kind verpflichtend, das die Mandelgraben-Schule besucht. Mutterstadter Kinder besuchen bereits die Ganztagschule in Limburgerhof, weil das zur Halbtagschule ergänzende Hortangebot in Mutterstadt nicht ausreicht. Die Pestalozzi-Grundschule wird weiterhin gebraucht. Dort gibt es u.a. ein gutes Angebot für Migrantenkinder.

Die laufenden Kosten der Ganztagschule werden Gegenstand der gemeinsamen Sitzung von Bauausschuss und Schulträgerausschuss nächste Woche sein. Allein die Entscheidung über die

Art des Mittagessens und die damit verbundene Ausstattung der Küchenräume verursacht Kostenschwankungen im sechsstelligen Bereich.

**Einstimmiger Beschluss:**

In der Grundschule „Im Mandelgraben“ wird zum Schuljahr 2010/2011 eine Ganztagschule in Angebotsform eingerichtet. Die Verwaltung wird beauftragt, den Antrag auf Einrichtung einer Ganztagschule bei der ADD Trier einzureichen.

Die Verwaltung wird beauftragt und ermächtigt alle erforderlichen verwaltungs- und baurechtlichen sowie die personellen und betrieblichen Schritte in die Wege zu leiten und alle möglichen entsprechenden Zuschussanträge fristgerecht zu stellen.

**Bildung der Ausschüsse**

Ratsmitglied Walter Altvater (GRÜNE) kritisiert, dass seine Partei im gemeinsamen Wahlvorschlag der vier Fraktionen nicht berücksichtigt worden ist. Er wird deshalb einen eigenen Wahlvorschlag vorlegen mit der Folge, dass die Wahl der Ausschussmitglieder nicht vereinfacht als unechte Mehrheitswahl sondern wesentlich aufwendiger als Verhältniswahl erfolgen muss. Nach Aussprache wird der Tagesordnungspunkt einstimmig vertagt.

**Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration**

In Gemeinden, in denen mehr als 1000 ausländische Einwohner ihre Hauptwohnung haben, ist ein Beirat für Migration und Integration (früher: Ausländerbeirat) einzurichten. Zum Stichtag 30.06.2008 lebten in Mutterstadt 1.055, so dass nun im Rhein-Pfalz-Kreis außer in Schifferstadt erstmals auch in Mutterstadt ein solcher Beirat zu wählen ist. Auch der Kreis selbst muss wieder einen Beirat wählen.

Rhein-Pfalz-Kreis, Stadt Schifferstadt und Gemeinde Mutterstadt haben ihre Satzungsentwürfe aufeinander abgestimmt, so dass in den drei Körperschaften das gleiche Wahlverfahren gilt. Dies ist insbesondere deshalb notwendig, weil Mutterstadt und Schifferstadt gleichzeitig auch die Wahlen für den Kreis-Beirat durchführen.

Wahlberechtigt sind die ausländischen Einwohner, die am Wahltag 3 Monate ihren Hauptwohnsitz in Mutterstadt haben. Auf Antrag sind aber auch Spätaussiedler und ihre Familienangehörige sowie Personen, die durch Einbürgerung die deutsche Staatsangehörigkeit erworben haben (sog. Personen mit Migrationshintergrund) in das Wählerverzeichnis aufzunehmen. Wählbar sind alle Wahlberechtigten sowie alle Bürger der Gemeinde, also auch Deutsche ohne Migrationshintergrund.

Der Beirat besteht aus 10 gewählten Mitgliedern sowie 5 Mitgliedern, die vom Gemeinderat in den Beirat berufen werden. Werden nicht mehr als 10 Wahlvorschläge eingereicht und zugelassen, findet keine Wahl statt und die Verpflichtung zur Einrichtung eines Beirates entfällt für die Dauer von fünf Jahren.

Die Landesregierung hat als landesweiten Wahltermin den 08.11.2009 empfohlen. Im Hinblick auf die gemeinsam mit dem Rhein-Pfalz-Kreis durchzuführende Wahl bittet die Verwaltung um Zustimmung für diesen Termin.

**Einstimmiger Beschluss:**

Die Satzung zur Einrichtung eines Beirates für Migration und Integration wird in der vorliegenden Satzung beschlossen. Die Wahl des Beirates findet am 08.11.2009 statt.

Hinweis:

Die Satzung ist in diesem Amtsblatt vorn unter Öffentliche Bekanntmachungen sowie im Internet unter [www.mutterstadt.de/Gemeinde/Gemeindeordnung/Ortsrecht](http://www.mutterstadt.de/Gemeinde/Gemeindeordnung/Ortsrecht) veröffentlicht.

**Annahme einer Zuwendung für die Gemeindebibliothek**

Die Kreissparkasse Rhein-Pfalz möchte die Gemeindebibliothek bei der Erweiterung ihrer Kapazitäten unterstützen. Sie möchte deshalb die Kosten für Rollregale der Leseecke in Höhe von 2.211,30 Euro zzgl. Mehrwertsteuer übernehmen. Die offizielle Übergabe der neuen Rollregale erfolgt zum Abschluss des „Lesesommer Rheinland-Pfalz“. Die Gemeindeordnung verlangt, dass der Gemeinderat die Annahme der Zuwendung in öffentlicher Sitzung beschließt.

**Einstimmiger Beschluss:**

Der Annahme der Zuwendung wird zugestimmt.

## **Haushaltsentwicklung der Gemeinde Mutterstadt im ersten doppeljährigen Haushaltsjahr 2009**

Der zu Jahresbeginn aufgestellte Ergebnishaushalt 2009 schließt wegen der Abschreibungen auf das Anlagevermögen mit einem Fehlbetrag von 557.000 Euro ab. Die Planansätze auf der Einnahme- und Ausgabenseite wurden nach den damaligen Erkenntnissen sorgfältig geschätzt. Die sich abzeichnende Wirtschaftsflaute wurde bei den Einnahmekalkulationen unter Beachtung der Vorgaben der Wirtschaftsweisen in angemessener Höhe zurückgerechnet. Trotz vorsichtiger Schätzung konnte das Ausmaß der Steuerausfälle in der nun vorliegenden Größenordnung nicht erwartet werden. Die Ausgabenseite stieg kontinuierlich an, ohne dass die hierfür notwendige Kostendeckung gegeben war. Die Gewerbesteuerveranlagungen sowie die Einkommen- und Umsatzsteuerzuweisungen waren derart rückläufig, dass die Verwaltung schon im Monat April eine 30-prozentige Haushaltsausgabesperre für nicht gesetzlich oder vertraglich eingegangene Verpflichtungen verfügte. Allein bei der Gewerbesteuer und dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sind Mindereinnahmen in Höhe von 1.800.000 Euro zu verbuchen. Die Einnahmen bei der Grundsteuer bewegen sich in Höhe der vorgesehenen Ansätze. Die Personalausgaben werden sich im laufenden Jahr um ca. 139.000 Euro vermindern. Die sächlichen Verwaltungs- und Betriebsausgaben werden sich moderat erhöhen. Die Verwaltung wird in den nächsten Tagen einen Nachtragshaushalt erstellen, in dem die entsprechenden Planansätze berichtigt werden. Zusammenfassend ist festzuhalten, dass in diesem Jahr kein Haushaltsausgleich möglich sein wird.

### **Verkehrssituation in der Schulstraße**

Auf Empfehlung des Gremiums für Verkehrsfragen hat die Verwaltung in der Schulstraße das einseitige in ein wechselseitiges Parkverbot geändert, um dadurch die Durchfahrtsgeschwindigkeit zu reduzieren. Nicht alle Anwohner waren damit einverstanden, weshalb die Verwaltung am 17.08.2009 zu einem Ortstermin eingeladen hat. Im Nachgang zu diesem Ortstermin fragt nun Ratsmitglied Walter Altvater (GRÜNE) nach der Verkehrssituation in der Schulstraße. Der Vorsitzende beantwortet die Anfrage mündlich wie folgt:  
Ziel der Parkänderung ist, den Durchgangsverkehr zu verlangsamen. Durch das wechselseitige Parkverbot konnten aber auch zusätzliche Parkplätze, insbesondere am längeren Streckenabschnitt vor dem Haus der Vereine, geschaffen werden. Der Ortstermin hat gezeigt, dass die Anwohner die neue Parkregelung unterschiedlich bewerten. Abschließender Tenor des Ortstermins war aber eine allgemeine Zufriedenheit. Der Vorsitzende hat den Anwohnern im Ortstermin einige marginale Änderungen zugesagt. Insgesamt soll die Parkregelung nun aber zum Test eine Zeit lang bestehen bleiben und dann nochmals überprüft werden. Der Palettenhandel im ehemaligen Raiffeisenlager, Schulstraße 2, genießt Bestandsschutz, da dort schon viele Jahre ein Gewerbebetrieb angesiedelt ist. Die Zufahrt für LKWs oder Sattelschlepper zu sperren, käme einem Gewerbeverbot für den Betrieb gleich. Der Betrieb darf auch mit dem Gabelstapler den öffentlichen Verkehrsraum befahren. Eine Sperrung der Schulstraße für den Durchgangsverkehr ist schon mit Rücksicht auf die Anwohner der nachfolgenden Straßen (z.B. Eisenbahnstraße) nicht denkbar.